Arbeitskreis Flüchtlinge Reutlingen
c/o Günter Jung
Mozartstr. 61
72762 Reutlingen

Offener Brief an Herrn Ministerpräsident Kretschmann
und Herrn Innenminister Strobl

Reutlingen, den 16.2.2017

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, sehr geehrter Herr Innenminister Strobl,

wir möchten angesichts der aktuellen politischen Entscheidungen hinsichtlich weiterer geplanter Abschiebungen nach Afghanistan noch einmal auf Sie zukommen.

Mit Bestürzung nehmen wir zur Kenntnis, dass Sie von Gebieten in Afghanistan ausgehen, in die eine sichere Rückkehr möglich ist. Dabei verweisen Sie unter anderem auf den Bericht des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR. Dieser Verweis ist falsch! Gerade dieser Bericht führt aus, dass Afghanistan nicht in sichere oder unsichere Gebiete unterteilt werden kann. Zitat:
„Ein pauschalierender Ansatz, der bestimmte Regionen hinsichtlich der Gefahr von Menschenrechtsverletzungen, wie sie für den Flüchtlingsschutz oder subsidiären Schutz relevant sind, als sichtbare und zumutbare interne Schutzalternative ansieht, ist nach Auffassung von UNHCR vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in Afghanistan nicht möglich“.

Wir sind erstaunt, dass diese eindeutige Beurteilung für die Entscheidung der Landesregierung vollkommen außer Acht bleibt. Auch die von Ihnen in jedem Fall zugesicherten Einzelfallprüfungen sehen wir bei den bisher erfolgten Abschiebungen nicht gewährleistet. Zum einen müsste jede Einzelfallprüfung aufgrund der Stellungnahme des UNHCR zwingend zu dem Ergebnis kommen, dass es in Afghanistan für niemanden verbindliche Sicherheit gibt. Zum zweiten ist es für uns inakzeptabel, dass trotz angeblicher Einzelfallprüfungen ein zum Christentum konvertierter Afghane abgeschoben werden sollte.

Hinsichtlich der versprochenen Einzelfallprüfungen wäre es für uns des weiteren dringend notwendig, dass die Betroffenen jeweils informiert werden, welche rechtlichen Möglichkeiten ihnen noch offen stehen. Uns ist bekannt, dass andere Bundesländer hier eine andere Vorgehensweise wählen, die noch die Chance für einen Asylfolgeantrag bzw einen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung bzw eine Eingabe an die Härtefallkommission zulässt.

Wir engagieren uns gerne und mit hohem Aufwand für die Flüchtlinge in unserer Nachbarschaft. Wir sind der Auffassung, dass gerade dieses Engagement die bisherige gute und reibungslose Flüchtlingsaufnahme ermöglicht hat. Vor allem vor diesem Hintergrund sind wir entsetzt darüber, dass auf politischer Ebene der bisher selbstverständliche Grundsatz, in ein Bürgerkriegsland nicht abzuschieben, vollständig außer Kraft gesetzt wird.

Darum appellieren wir noch einmal dringend an Sie: Setzen Sie sich für einen sofortigen Abschiebestopp für Menschen aus Afghanistan ein! Im Namen der Menschlichkeit und im Namen unseres Rechtsstaats.

Mit freundlichen Grüßen, die VertreterInnen des AK Flüchtlinge Reutlingen (18 Initiativen, im Original mit handschriftlicher Unterschrift)